wird die allgemeine Volksfeier in dem Feste finden, das Se. Majestät der Kaiser Wilhelm II. im Berliner Königsschlosse veranstaltet. Zu diesem Feste will der Kaiser vor allem die noch lebenden Staatsmänner um sich versammeln, die an dem großen Werk mitgewirkt haben; es war sein besonderer Wunsch, daß der Fürst Bismarck als der Hervorragendste unter ihnen bei der Feier nicht fehlen möge. Leider gestattet dem Fürsten Bismarck sein Gesundheitszustand nicht, der Einladung seines Kaiserl. Herrn Folge zu leisten; er hat deshalb gebeten, ihn zu entschuldigen. Wie aber Fürst Bismarck gewiß im Geiste an der Feier Antheil nehmen wird, so wird auch seiner, des ersten Kanzlers des Reiches, und seiner Verdienste um das Reich dankbar gedacht werden.

Die Feier am 18. Januar wird vormittags 10 Uhr durch Gottesdienst in der Kapelle des Königl. Schlosses und in der St. Hedwigskirche eingeleitet. Dem Gottesdienst in der Schloßkapelle wohnen die Kaiserl. Majestäten und die Mitglieder des Kaiserl. und Königl. Hauses bei. Nach beendigtem Gottesdienste, um 3/4 11 Uhr, ist die solenne Festversammlung im Weißen Saale.

Berlin, 15. Jan. Der Kaiser wird am 17. Januar im hiesigen Schlosse ein Kapitel des Schwarzen Adlerordens abhalten und einige Mitglieder in den Orden aufnehmen.

Berlin, 15. Januar. An Stelle des Feldmarschalls Grafen Blumenthal wird der Generaloberst v. Voß bei den Feierlichkeiten am 18. d. M. im Königlichen Schlosse das Reichspanier tragen, während General v. Werder das Scepter trägt.

Berlin, 14. Januar. (Gouverneur v. Wißmann und die ostafrikanische Schutztruppe.) Zu der schon erwähnten Umwandlung der Kolonial-Schutztruppe in eine Gendarmerietruppe erhält der „Hannov. Cour." folgende Zuschrift: Unsere deutsch-ostafrikanische Kolonie hat wieder einmal eine Personalkrisis glücklich überstanden. Das unlängst mitgetheilte Gerücht, Gouverneur v. Wißmann habe sein Abschiedsgesuch eingereicht, entsprach nicht dem Sachverhalt. Gleichwohl lag der Meldung etwas Wahres zu Grunde. Von dem Tage an, an welchem Wißmann im Juli v. J. als Gouverneur in Tanga gelandet, gab es Reibungen und Konflikte zwischen ihm und dem Kommandeur der kaiserlichen Schutztruppe, Oberstlieutenant v. Trotha, der selbst unter den Kandidaten für den Gouverneurposten in Frage gekommen war. Wißmann nahm es zunächst sehr übel, daß er ohne jede Feierlichkeit, namentlich ohne militärischen Pomp, empfangen ward. Alsbald ergaben sich dann allerhand Differenzen aus dem Umstand, daß der Gouverneur keine Befugnisse über die Schutztruppe hatte; er konnte thatsächlich über dieselbe nicht verfügen, mußte sich vielmehr in jedem einzelnen Falle an ihren Kommandeur wenden. Oberstlieutenant v. Trotha selbst hatte zunächst sein Entlassungsgesuch eingereicht, doch war dasselbe vom Kaiser nicht genehmigt worden. Der „Dualismus" scheint in letzter Zeit zu unzuträglichen Zuständen geführt zu haben. Wie man hört, hat Gouverneur v. Wißmann schließlich sein weiteres Verbleiben in Deutsch-Ostafrika davon abhängig gemacht, daß ihm auch der Oberbefehl über die Schutztruppe anvertraut werde. Es konnte nicht ausbleiben, daß dem wiederholt geäußerten Wunsche Wißmanns, der in dem ersten halben Jahre seiner neuen Thätigkeit bereits eine Reihe friedlicher Erfolge errungen hat, endlich stattgegeben wurde. Da sein Programm, wenn nicht die unabweisbare Nothwendigkeit vorliegt, kriegerische Unternehmungen ausschließt, so bot sich als bestes Mittel die Umwandlung der Schutztruppe in eine Polizeitruppe mit dem Titel Gendarmeriekorps. Daß letzteres auch im hoffentlich nicht bald eintretenden Kriegsfalle seine Schuldigkeit thun wird, dafür darf man getrost Wißmann sorgen lassen. Die gesammte Verwaltung Deutsch-Ostafrikas ist jetzt eine einheitliche geworden, und damit ist ein weiterer Schritt zur Sicherung der gedeihlichen Entwicklung der Kolonie gethan.

Berlin, 15. Januar. Das Lehrerbesoldungsgesetz enthält 26 Paragraphen. § 2 bestimmt: Das Grundgehalt ist auch in besonders billigen Orten für die Lehrerstellen nicht unter 900 Mk., für Lehrerinnen nicht unter 700 Mk. per Jahr festzusetzen. § 3 bestimmt: Das Einkommen der einstweilig angestellten Lehrer und Lehrerinnen beträgt 20 Prozent weniger, als das Grundgehalt der betreffenden Schulstelle. § 5 bestimmt: Die Alterszulagen sind nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse derart zu gewähren, daß der Bezug 7 Jahre nach Eintritt in den öffentlichen Schuldienst beginnt und daß neue Zulagen in Zwischenräumen von je 3 Jahren gewährt werden. § 6. Die Höhe der Alterszulagen ist gleich der Höhe des Grundgehaltes nach den örtlichen Verhältnissen, erforderlichen Falls nach den besonderen Anstellungen festzusetzen. Die Alterszulagen sind auf 9 Stufen gleichmäßig zu vertheilen. Die Alterszulage darf nicht größer sein, als für Lehrer 80 Mk. jährlich, steigend von 3 zu 3 Jahren um je 80 Mk. bis jährlich 720 Mk.; für Lehrerinnen 60 Mk. jährlich, steigend von 3 zu 3 Jahren um je 60 Mk. bis jährlich 540 Mk. § 14 bestimmt: Die Miethsentschädigung soll die Höhe von ein Fünftel des Grundgehaltes mit dem Kassenbeitrage der Alterszulage nicht übersteigen. § 25 bestimmt: Aus der Staatskasse wird zu dem Diensteinkommen für die ersten Lehrer 500, für die anderen 300, für Lehrerinnen 150 Mk. gezahlt. Der Staatsbeitrag wird bis zur höchsten Zahl von 25 Schulstellen für jede politische Gemeinde gewährt.

Oesterreich.

Wien, 15. Januar. Wie das „Fremdenblatt" erfährt, hat der Statthalter von Böhmen Graf Thun bestimmt am 7. d. M. die Regierung ersucht, seine Demission dem Kaiser zu unterbreiten. Diesem Ansuchen ist Folge gegeben und gleichzeitig von der patriotischen Bereitwilligkeit des Statthalters Alt genommen worden, bis zum Schlusse der Landtagssession die Geschäfte fortzuführen; zugleich ist der Statthalter ersucht worden, für diese Zeit in der schwierigen, verantwortlichen Stellung zu verbleiben.

Wien, 15. Januar. Als Nachfolger des Grafen Thun nennt man bereits den Fürsten Ferdinand Lobkowitz, der heute aus Prag hier eintraf. Anderseits wird dessen Candidatur für unmöglich gehalten, weil der Fürst sich als entschiedenen Czechen bekundet hat. Wahrscheinlich wird der Statthalterposten längere Zeit unbesetzt bleiben.

Frankreich.

Paris, 15. Jan. Floquet ist von einer Lungenkongestion betroffen worden; sein Zustand wird als ernst bezeichnet.

Italien.

Venedig, 15. Januar. Einem hiesigen Blatte zufolge ist General Baldissera, welcher sich bereits früher in Afrika ausgezeichnet hat, vorgestern von Neapel abgereist, um in Massauah das Kommando zu übernehmen. Baldissera hat der Regierung vor seiner Abreise erklärt, daß nach seiner festen Ueberzeugung die Absendung von noch mindestens 40000 Mann erforderlich sei, um definitive Resultate zu erzielen.

England.

London, 15. Januar. Graf Hatzfeldt soll den Wunsch hegen, wegen seiner mißlichen Gesundheit den Londoner Botschafter-Posten niederzulegen. Deutsche und englische Aerzte empfahlen ihm, den Winter in einem wärmeren Klima zuzubringen. Der Botschafter begiebt sich, falls keine neuen Verwicklungen der politischen Lage eintreten, nächste Woche nach Berlin, wo sich wohl entscheiden wird, ob er zurücktritt oder nicht.

London, 15. Januar. Der englische Agent in Transvaal, Wett, telegraphirte dem Auswärtigen Amte, daß Präsident Krüger im Besitze des vollständigen Beweises dafür sei, daß der bisherige Premierminister für Kapland, Rhodes, der Hauptverschwörer gegen Transvaal gewesen sei. Schon vor drei Monaten sei ein Anschlag geplant gewesen. Dr. Jameson habe vor dem Kriegsgericht erklärt, er sei von Rhodes absichtlich irregeführt worden und von diesem zu dem Handstreich veranlaßt. Wett räth daher dringend davon ab, daß die englische Regierung sich für den verhafteten Präsidenten der Union verwende. Präsident Krüger werde alle nur mögliche Milde walten lassen. Ueber das Schicksal Dr. Jamesons und seiner Offiziere könne man vollständig beruhigt sein.

— Aus Prätoria wird den „Times" gedrahtet, es seien aktenmäßige Beweise entdeckt worden, daß von der Chartered Company ein weitverzweigtes Komplott gegen die Unabhängigkeit des Transvaal organisirt worden, und daß sich die Gesellschaft der Agitatoren in Johannesburg nur zur Förderung ihrer Interessen bediente. Es wird sogar gemuthmaßt, daß die englische Regierung Kenntniß davon hatte. — Ueber Kaiser Wilhelms Depesche schreibt Hofmayr von der Nationalliga an den „Cape Argus": „Ich hielt diese Einmischung für eine bloße Großthuerei, die keine ernste Beachtung verdiene, ausgenommen insofern, als sie dazu angethan sei, irreführende Eindrücke zu erzeugen oder falsche Hoffnungen im Transvaal zu wecken. Niemand weiß besser als Se. Kaiserliche Majestät, daß dem ersten deutschen Schusse, der gegen England abgefeuert wird, „ein vereinigter französischer und russischer Angriff auf „das Vaterland" folgen dürfte, sowie die Einverleibung aller deutschen Kolonien seitens Englands, Damaraland mit einbegriffen, was kein ungemischtes Uebel für das Kap sein würde. (Einfältiges Großmaul!)

London, 15. Januar. Der bisherige Premierminister Sir Cecil Rhodes ist heute von Kapstadt nach London abgereist.

Amerika.

— Nach einer Depesche des „Heraldo" aus Havanna hat Maximo Gomez mehrere Dörfer, etwa 30 Kilometer von Havanna, in Brand gesteckt und Bejugal, etwa 25 Kilometer von Havanna entfernt, angegriffen, wurde aber zurückgeschlagen. Maceo rückte in Port Colomo ein; der dortige Präfekt konnte sich auf ein Kanonenboot retten — Zum Glück finden also die Kanonenboote wenigstens noch als Rettungsboote Verwendung.

Afrika.

— Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Prätoria unter dem 14. d. Mts.: Die Unterredung zwischen Präsident Krüger und Sir H. Robinson hatte ein befriedigendes Ergebniß bezüglich der Freilassung Jamesons. Die Erledigung der anderen Fragen wurde aufgeschoben. Die Gerüchte, daß Präsident Krüger übertriebene Forderungen gestellt habe, sind unbegründet.

— Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Prätoria vom 13. d. Mts. gemeldet: Der Volksraad ist heute zusammengetreten, hat sich aber nach einer kurzen Sitzung wieder vertagt, da wegen der herrschenden Aufregung eine ruhige und leidenschaftslose Gesetzgebung für unmöglich erachtet wurde. Der Volksraad hat indessen die Regierung noch ermächtigt, die Artillerie um 400 Mann zu vermehren, und eine Resolution angenommen, in welcher dem Oranje-Freistaat und Sir H. Robinson der Dank für ihre Unterstützung ausgesprochen wird. Ferner wurde in der Sitzung eine Botschaft des Präsidenten Krüger verlesen, in welcher erklärt wird, daß die Regierung fest entschlossen sei, die geheiligten Rechte und Interessen der Republik zu wahren und denselben noch eine festere und sicherere Grundlage zu geben. Alle weiteren Berathungen des Volksraad wurden bis zum Mai vertagt.

Johannesburg, 14. Januar. Morgen reiten 12,000 bewaffnete Burghers durch die Straßen der Stadt auf und ab, um die Stärke der Republik zu demonstriren.

Massauah, 14. Januar. (Meldung der „Agenzia Stefani".) Nachrichten von Ghedarep zufolge haben sich dort ungefähr 50 000 fast durchweg mit Lanzen bewaffnete Männer mit ihren Weibern und Kindern aus Furcht vor dem Vormarsch der Italiener angesammelt. Der Emir Achmed Ali soll sich noch immer in Khartum aufhalten.

Aus Sachsen.

Dresden. Ueber den Schluß der Kammersitzung vom Dienstag ist noch folgendes nachzutragen:

Bei Kapitel 96 „Volksschulen" gab Abg. Räder (kons.) seiner Freude Ausdruck, daß auch für Haushaltungsschulen 2000 M. eingestellt seien. Darauf brachte Abg. Pinkau (Soz.) eine Ministerialverordnung aufs Tapet, welche den Lehrern die Thätigkeit in Naturheilvereinen verbiete, und zählte ferner eine Anzahl von Fällen auf, in denen angeblich von Seiten einzelner Lehrer das Züchtigungsrecht in krasser Weise überschritten worden sei. Nachdem Abg. Heymann (kons.) für eine, die Gemeinden im Erzgebirge mehr als bisher berücksichtigende Vertheilung der Schuldotationen eingetreten war und Abg. Keller die Regierung gebeten hatte, ihr Augenmerk auf die wachsende Verrohung der Fortbildungsschüler zu richten, gab Herr Staatsminister v. Seydewitz eine ausführliche Erklärung ab über das Verhältniß der Lehrer zu den Naturheilvereinen. Die Bezirksschul-Inspektoren seien verpflichtet, die Genehmigung zu gewerbsmäßiger Ausübung der Heilkunst jedem Lehrer zu versagen, unentgeltliche Ausübung dann, wenn sie den Beruf beeinträchtige, und endlich erscheine es wenig erwünscht, wenn Lehrer sich in hervorragender Weise an den Bestrebungen der Naturheilvereine betheiligten oder gar die Leitung übernähmen. Die Mitgliedschaft habe man den Lehrern nicht verboten und wenn einem Lehrer die Alterszulage abgesprochen sein sollte, könne er dieser Auffassung nicht beipflichten. Von den Vorgängen bezüglich Ueberschreitung des Züchtigungsrechts habe die Regierung keine Kenntniß, wiewohl im Ministerium eine genaue Liste über solche Fälle geführt werde. Das erkläre sich daraus, daß die Bestrafung durch die Justizbehörde erfolgt sei. Auch wenn die körperliche Züchtigung ganz untersagt werde, so würden derartige Fälle immer vorkommen. Hierauf wurde die Einnahme mit 47500 Mk. genehmigt, die Ausgabe mit 4955220 Mk. bewilligt. Kapitel 97, „Katholische Kirchen und wohlthätige Anstalten" und Kapitel 98, „Sonstige Kultuszwecke," wurden gegen die 13 sozialdemokratischen Stimmen, Kapitel 100 und 101 einstimmig bewilligt.

Dresden, 16. Januar. Die Zweite Kammer berieth gestern gemeinschaftlich den Antrag der Abg. Fräßdorf und Gen. auf Aufhebung des Schulgeldes und der Schulanlagen und den Antrag des Abg. Mehnert und Gen. auf Uebernahme der Alterszulagen der Volksschullehrer auf die Staatskasse. Den sozialdemokratischen Antrag begründet Abg. Schulze, den zweiten Antrag der Abg. Horst. Vicepräsident Georgi erklärte, daß beide Anträge für ihn persönlich nicht annehmbar seien, solange man keine Mittel zur Deckung der daraus entspringenden Bedürfnisse nachweise, daß er jedoch mit der Verweisung in die Finanzdeputation A einverstanden sei. Die Abgg. Dr. Schober und Hähnel erklärten sich ebenfalls mit einer Ueberweisung der Anträge an diese Deputation einverstanden, Abg. Matthes rechtfertigt seine Unterstützung des Antrags Mehnert, Abg. Horn-Löbtau und Schubert-Chemnitz sprechen sich für den Antrag Fräßdorf aus. Nachdem Vicepräsident Streit ebenfalls einer Verweisung an die Finanzdeputation das Wort geredet hat, erklärte Se. Excellenz der Herr Staatsminister v. Seydewitz, warum er auf den ihm als Kultusminister allerdings sympathischen Antrag Mehnert eine bestimmte Stellung der Regierung jetzt nicht bekannt geben könne, während er sich zur Widerlegung des sozialdemokratischen Antrags nur auf frühere Auslassungen beziehen könne.

Nach den Schlußworten der beiden Antragsteller Abgeordneten Fräßdorf und Dr. Mehnert und nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Schubert und Horn beschloß die Kammer einstimmig, die beiden Anträge der Finanzdeputation A zur Berichterstattung zu überweisen.

Den dritten Gegenstand der Verhandlungen bildete die Schlußberathung über den Gesetzentwurf wegen Abänderung der Bestimmungen des Civilstaatsdienergesetzes vom 7. März 1835.

Den Bericht der Gesetzgebungsdeputation erstattete Abgeordneter Räder-Roßwein mit dem Antrage: „Die Kammer wolle in Uebereinstimmung mit der Ersten Kammer beschließen: dem vorgelegten Gesetzentwurfe ihre Zustimmung zu geben mit der Abänderung, daß Ziffer 7 folgende Fassung erhält: 7) die Geistlichen und Kirchendiener, ingleichen die Lehrer an höheren und niederen Unterrichtsanstalten, wenn letztere eigene Fonds besitzen und nicht ganz aus der Staatskasse unterhalten werden. Die bei der Verwaltung dieser Anstalten Angestellten sind als Staatsdiener anzusehen, wenn sie durch das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts auf ihre Stellen eingesetzt und die Einnahmen und Ausgaben der betreffenden Anstalten durch den Staatshaushalts-Etat geregelt werden, auch im übrigen die Voraussetzungen in § 1 zutreffen."

Ohne Debatte und einstimmig beschloß die Kammer dem Antrage der Deputation gemäß.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag vormittags 10 Uhr.

Dresden, 14. Januar. Wie das „Dresd. Journal" hört, wird aus Anlaß der Feier der 25. Wiederkehr des Tages der Errichtung des Deutschen Reiches am 18. Januar vormittags um 11 Uhr in der katholischen Hofkirche ein Te Deum stattfinden, welchem Ihre Majestäten der König und die Königin in Begleitung der Damen und Herren des großen Kirchendienstes beizuwohnen gedenken. Abends wollen Beide Majestäten den vom Bürgerausschuß für Veranstaltung patriotischer Festlichkeiten geplanten Fackelzug von der Exedra des Altstädter Königl. Hoftheaters aus entgegennehmen.

— Aus **Reichenbach**, 15. Jan. schreibt man: Unter den an die Sächsische Staatsregierung, bezw. an den Landtag gerichteten Petitionen um Erbauung von Eisenbahnen befindet sich auch die erneute Petition des Stadtraths zu Lengenfeld im Vogtl. und dortiger Industrieller um Bahnverbindung mit Reichenbach. Die ungünstigen Verkehrsbedingungen zwischen Reichenbach und Lengenfeld zu verbessern, liegt schon seit Jahrzehnten ein tiefbegründetes Verlangen vor, und die Regierung soll der obengenannten Bahnverbindung jetzt wohlwollend gegenüberstehen. Nur würde dieselbe dem Vernehmen nach wegen bedeutender Terrainschwierigkeiten von Lengenfeld aus nicht über Schönbrunn und Waldkirchen nach Reichenbach, sondern den natürlichen Weg das Göltzschthal entlang nach Mylau zum Anschluß an die dortige Staatsbahn Mylau-Reichenbach gehen. Durch den Bau dieser Bahn das Göltzschthal entlang würde auch die Weiterführung der projektirten Bahn Reichenbach-Mylau nach Greiz zum Anschluß an die Weischlitz-Geraer Bahn näher gerückt. — Am Montag Nachmittag verunglückte in **Nerchau** die ledige Dienstmagd Anna Lina Förster aus Großbardau tödtlich. Die Genannte war auf den Scheunenboden des Kahleschen Gutes, woselbst sie bedienstet war, gegangen und stürzte durch das Tennenloch auf die Tenne herab. Der Tod trat kurze Zeit nach dem Unglücksfalle infolge Schädelbruches ein. — Aus **Plauen** geht uns folgender Bericht zu: Hier hat sich, wie auch in anderen größeren Orten unseres engeren Vaterlandes seit Juni vorigen Jahres ein Verein der Erzgebirger gebildet. Obwohl derselbe erst kurze Zeit besteht, beträgt die Mitgliederzahl doch bereits gegen vierzig Mann. Das Vereinslokal ist natürlich bei einem Erzgebirger Wirth, nämlich im „Bürgergarten" des Herrn Mückenberger. Am Sonnabend, den 11. Januar hielt der Verein sein erstes Vergnügen ab, bestehend in einem Weihnachtsfeste nach echt „erzgebirgischer Art" verbunden mit Christbaumverloosung. Um das Fest zu verschönern, wurden von den Mitgliedern Pyramiden, Leuchter, Berg- und Moosmann, Paradiesgarten u. s. w. gestellt. Musikstücke wechselten mit humoristischen Vorträgen in erzgebirgischer Mundart. Sodann wurde der Anfang einer Sammlung zur Unterstützung armer Familien im Erzgebirge veranstaltet, welche ℳ 10.50 ergab. Die Mitglieder verließen nach Beendigung des Festes in befriedigtster Stimmung das Vereinslokal. Möge der Verein auch ferner wachsen und gedeihen. Darauf ein herzliches Glückauf

Oertliche Angelegenheiten.

Aue, 15. Januar. Nachdem vor drei Jahren unsere Stadt durch die neue prächtige Kirche ein geräumiges, der